

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



LITERATUR

Eine Autobiografie zum Geburtstag

Heute wird der Aargauer Schriftsteller Hansjörg Schneider 80 Jahre alt. Ein Gespräch über die Hunkeler-Romane, seine Autobiografie und Heimatstolz. **SEITE 29**

NACHRICHTENDIENST

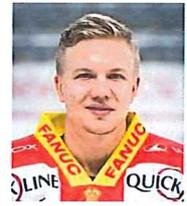
Harte Kritik wegen Spion Daniel Moser

Rechtswidrig und wertlos sei der Einsatz von Spion Daniel Moser in Deutschland durch den Schweizer Nachrichtendienst gewesen, urteilt die Aufsicht. **SEITE 12**

EISHOCKEY

Das Bieler Beispiel

Der Finne Toni Rajala ist die Vorzeigefigur des überraschenden EHC Biel. **SEITE 20**



AZ Bern, Nr. 72 | Preis: CHF 4.20 (inkl. 2,5% MwSt)

AUSGABE STADT + REGION BERN



Heute 2°/9°
Nach wenigen Aufhellungen am Vormittag gibt es am Nachmittag Regen.



Morgen 6°/11°
Eine Kaltfront bringt viel Wind und gegen Abend teils kräftigen Regen. **SEITE 34**

FAHRENDE

Polizei darf künftig Gelände räumen

Der Grossrat bleibt dabei: Die Polizei darf Fahrende, die sich ohne Erlaubnis des Grundstückbesitzers auf einem Areal aufhalten, weg-schicken. Eine Auflage besteht jedoch: Eine Wegweisung ist nur möglich, wenn ein Transitplatz zur Verfügung steht. **SEITE 11**

DESIGN

Tonkerle und Rahmporzellan

Porzellanobjekte, die aussehen wie Schlagsahne, Freischwingerstühle, drei Kerle aus Ton und einzigartige Katzenstrepfen: Die jährlich stattfindende Ausstellung «Bestform» im Kornhausforum Bern zeigt, was der Kanton in Sachen Design zu bieten hat. **SEITE 27**

WAS SIE WO FINDEN

- Börse 17
- Unterhaltung 25
- BZ-FORUM 31
- Agenda 33
- Kinos 34
- TV/Radio 35

Anzeigen:

Todesanzeigen 32

WIE SIE UNS ERREICHEN

Zentrale 031 330 31 11
 Abo-Service 0844 844 466 (Lokaltarif)
 Redaktion Bern 031 330 33 33
 Redaktion E-Mail redaktion@bernerzeitung.ch
 Anzeigen 031 330 33 10
 Leserbilder, SMS 4488

BZ BERNER ZEITUNG



Die Wohlfühlregierung

WAHLEN KANTON BERN Am Tag nach der Wahl preisen alle Regierungsmitglieder den Teamgeist. Durch die Verjüngung tickt die Regierung kooperativer. Erster Prüfstein für diese betonte Harmonie wird aber die Zuteilung der Direktionen sein.

Die neu gewählte Berner Kantonsregierung startet mit Vorschusslorbeeren. Weil sie leicht verjüngt und weiblicher ist, hält man sie für kooperativer. «In der neuen Regierung gibt es mehr Potenzial für Teamarbeit, weil weniger Alphanimale vertreten sind», sagt etwa BDP-Kanton-

präsident Enea Martinelli. Er könne sich deshalb auch vorstellen, dass sich der neue Regierungsrat leichter auf eine partei- und regionsübergreifende Zukunftsstrategie für den ganzen Kanton einigen werde. Auch die Regierungsmitglieder selber zeigen sich auf Anfrage gesprächs-

freudig. Im Interview mit dieser Zeitung sagt etwa Newcomerin Evi Allemann (SP): «Ich sehe die neue Zusammensetzung des Regierungsrats auch als Chance dafür, zum Teil ausgetretene Pfade zu verlassen.» Gerade auch die Regierung könne im Kanton zu mehr Dynamik beitragen.

Mit welcher Strategie das gelingen soll, das sehen die neuen Regierungsmitglieder nicht alle gleich. Während die bürgerlichen Exponenten Pierre Alain

Schnegg (SVP) und Philippe Müller (FDP) einen dezidierten Wachstumskurs fordern, denken die rot-grünen Regierungsmitglieder nicht bloss wirtschaftlich.

Wie kooperativ die Kantonsregierung wirklich ist, wird sich bald zeigen, wenn sie sich auf die neue Verteilung der Direktionen einigen muss. Die bürgerlichen Parteien hatten nach ihrem Sieg am Wahltag schon mal lauter Schlüsseldirektionen für sich gefordert. *svb/mm/mab* **SEITE 2+3**

BERNER WAHLEN

Linksrutsch im Grossen Rat? Nach Sitzen vielleicht, inhaltlich aber kaum. **Seite 4**
 Die BDP ist in ihrem Gründungskanton Bern noch einmal davongekommen. **Seite 4**
 Juso-Chefin Tamara Funicello sieht sich als «richtiges Kaliber» für den bürgerlichen Rat. **Seite 5**
 Warum SVP-Präsident Albert Rösti nicht zufrieden ist. **Seite 12**

Mehr Polizei auf der Ausgehmeile

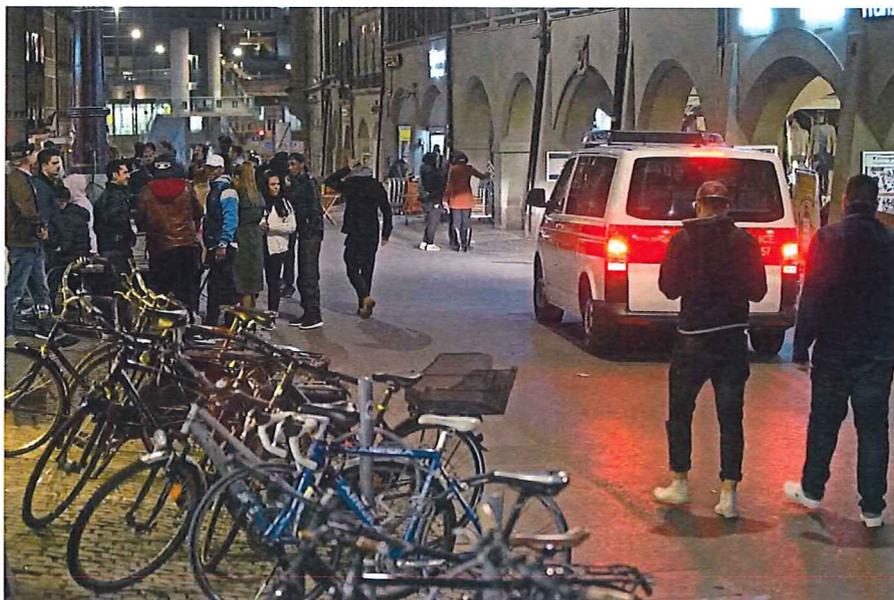


Foto: Beat Matys

KANTON BERN Während die Kantonspolizei Bern mit ihrer gestern veröffentlichten Kriminalstatistik fast durchs Band weg rückläufige Deliktzahlen vermelden konnte, wollte eine Kategorie so gar nicht ins positive Bild passen. Im Bereich schwerer Gewalttaten gab

es einen Anstieg um 21 Prozent auf 170 Delikte. Gerade Fälle von schwerer Körperverletzung (+59 Prozent) in den städtischen Ausgehvierteln gerieten bei der Polizei in den Fokus. Mit verschiedenen Massnahmen will sie nun gegen Gewalt im öffentlichen Raum vor-

gehen. Eine davon ist die seit Jahresbeginn verstärkte Polizeipräsenz auf Ausgehmeilen wie etwa der berichtigten Aarberggasse in Bern (im Bild). Mit einer Plakat- und Flyerkampagne wollen die Behörden die Bevölkerung zusätzlich sensibilisieren. *mib* **SEITE 10**

Urwylers endloser Fall

INSELSPITAL Die entlassene Insele-Ärztin Natalie Urwyler erwarb vor Gericht ihre Wiederanstellung. Doch nun zieht die Insel das Urteil weiter.

Vor dreieinhalb Jahren wurde die Anästhesie-Ärztin Natalie Urwyler am Inselehospital entlassen. Sie fand an keinem anderen Universitätskanton in der Schweiz eine Anstellung und arbeitet heute an einem Regionalspital im Wallis. National bekannt wurde sie in den letzten Jahren, weil sie juristisch gegen ihre Entlassung vorgegangen und die Insel wegen Verletzung des Diskriminierungsverbots angeklagt hatte. Urwyler hatte an der Insel jahrelang schwere Mängel im Mutterschutz und bei der Frauenförderung angeprangert.

Das Regionalgericht Bern-Mittelland gab Urwyler vor fünf Monaten recht und verfügte ihre Wiederanstellung. Urwyler selber beteuerte stets, sie würde jederzeit wieder am Inselehospital arbeiten. Doch daraus wird vorläufig nichts. Wie das Inselehospital gestern bekannt gab, zieht es das Urteil im Fall Urwyler ans Obergericht weiter. Das Gericht habe formaljuristisch geurteilt, findet die Insel. Und mit Diskriminierung habe der juristische Fall ohnehin nichts zu tun. *jsz* **SEITE 9**

• Osterhasen-Fotoshooting mit Lina & Lucky
 • 56 attraktive Frühlingsangebote
 • Grosser Wettbewerb

Programm: westside.ch/events

STARTEN SIE MIT UNS IN DEN FRÜHLING.

Bunt wie das Leben

10 Jahre westside

Fall Urwyler in der Verlängerung

INSELSPITAL Die Kontroverse um die 2014 entlassene Ärztin Natalie Urwyler geht weiter: Die Insel-Gruppe zieht das Urteil des Regionalgerichts Bern-Mittelland, das die Wiederanstellung Urwylers zur Folge hätte, weiter.

Ihr jahrelanger juristischer Kampf hat die Anästhesieärztin Natalie Urwyler (43) zur national bekannten Figur gemacht: Kürzlich beleuchtete sogar der englischsprachige Wirtschafts-TV-Sender CNN Money Urwylers Fall in einem langen Interview, weil es dabei um die systematische Behinderung von Frauenkarrieren geht. Urwyler hatte im November 2014 gegen das Inselspital geklagt, weil sie kurz zuvor entlassen worden war – wegen eines laut Insel «gestörten Vertrauensverhältnisses». Urwyler hatte in den Jahren zuvor intern wiederholt mangelhaften Mutterschutz und Benachteiligung von Frauen angeprangert.

Nach mehreren juristischen Schlaufen fällt das Regionalgericht Bern-Mittelland im Herbst 2017 ein aufsehenerregendes Urteil. «Betreffend Gleichstellungsgesetz» gab es Urwyler recht. Die Ärztin selber, aber auch Kreise, die sich mit ihr solidarisierten, sahen einen «Durchbruch für die Gleichstellung, bahnbrechend für alle Frauen in der Schweiz», wie sich die bürgerliche Politikerin Babette Sigg, Präsidentin der CVP-Frauen, ausdrückte.

Kein Vertrauensdefizit?

In der schriftlichen Urteilsbegründung, die seit Februar 2018 vorliegt, war aber von Gleichstellung kaum mehr die Rede. Gerichtspräsidentin Andrea Gysi argumentierte vor allem mit der ungelungenen Kündigungsbegründung seitens des Inselspitals. Die Gründe für das Vertrauensdefizit lagen laut der Richterin schon lange vor oder erst nach der Entlassung vor und wurden obendrein von Zeugen während des Prozesses teilweise gar nicht bestätigt. Die Richterin kam zum Schluss, dass es sich um eine Rachekündigung handle. Deshalb sei Urwyler von der Insel wieder



Rechtsfall ohne Ende: Natalie Urwyler, entlassene Insel-Ärztin.

Foto: Nicole Philipp

einzustellen. Urwylers Anwalt Rolf P. Steinegger bezifferte auch den Lohnausfall: 465 000 Franken müsse die Insel Natalie Urwyler nachzahlen.

Doch die Insel-Führung denkt vorläufig nicht daran. Wie sie gestrennt antrat, verloren die Grünen 4,8 Prozentpunkte.

Als eine der grössten Arbeitgeberinnen im Kanton Bern, begründete die Insel den Weiterzug, wollte sie in arbeitsrechtlichen Punkten Klarheit. Die Insel-Ju-

risten werfen dem Regionalgericht vor, formaljuristisch geteilt zu haben. Urwyler hatte vor der Entlassung eine aufsichtsrechtliche Beschwerde an die Universität gerichtet, die das Gericht als «betriebsinterne Beschwerde» taxierte. Solange diese hängig sei, so das Gericht, bestehe ein Kündigungsstopp – und deshalb hätte Urwyler nicht entlassen werden dürfen. Das beurteilt die Insel anders: Universität und Inselspital seien zwei getrennte Organisationen.

Keine Diskriminierung?

Uneinig mit dem Gericht ist die Insel im Punkt, dass die Begründung für das «gestörte Vertrauensverhältnis» ungenügend ge-

«Die Rache-kündigung ist für mich eine krasse Diskriminierung.»

Natalie Urwyler

wesen sei. Das Obergericht, verlangt nun die Spitalführung, müsse klären, «in welchem Mass ein Vertrauensverhältnis auf Kaderstufe gestört sein muss, um eine Kündigung zu rechtfertigen».

In einem zentralen Aspekt der Kontroverse um Natalie Urwyler hat die Insel eine eigene Sicht der Dinge. Es gehe, schreibt das Spital, in dem Urteil gar nicht um Diskriminierung. Denn in der Begründung des Regionalgerichts werde «nirgends festgehalten, Natalie Urwyler sei diskriminiert worden». Dass es sich um ein wegweisendes Urteil in Gleichstellungsfragen handle, sei in der Öffentlichkeit teilweise falsch dargestellt worden, findet die Insel-Leitung.

Natalie Urwyler nimmt, wie sie mitteilen lässt, den Weiterzug zur Kenntnis. Ihre Sicht bringt sie in einem einzigen Satz zum Ausdruck. Die Tatsache, dass es sich bei ihrer Entlassung um eine Rachekündigung gehandelt habe, sei für sie «eine krasse Diskriminierung».

Jürg Steiner

Herrenhaus wird saniert

STADT BERN Das von SP-Prominenz bewohnte städtische Haus am Münzrain 3 soll für 4,4 Millionen Franken saniert werden.

Die Lage am Münzrain 3 ist kaum zu übertreffen: dahinter das Hotel Bellevue, zu Füssen Marzili und Aare, am Horizont die Alpen. Allerdings ist das Wohnhaus aus dem 16. Jahrhundert sanierungsbedürftig: Wie Berns Gemeinderat gestern mitteilte, sollen für 4,4 Millionen Franken Haustechnik, Hülle, Küchen, Bäder und Fenster ersetzt werden. Anstelle der drei Einheiten entstehen fünf Ein- bis Sechszimmerwohnungen.

Der Eklat um die SP-Promis

Vor einigen Jahren war die Liegenschaft Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse. Ihr vorausgegangen war 2013 der «Miet-skandal»: Eine Kontrolle hatte gezeigt, dass zahlreiche Personen ohne Anspruch auf Unterstützung in vergünstigten Stadtwohnungen lebten. Später gab die Stadt bekannt, dass sie bei fünf Herrschaftshäusern versäumt hatte, die Mieten zu überprüfen. Eine der Liegenschaften war der Münzrain 3, bewohnt von Alt-Nationalrat Peter Volmer und seiner Frau, Alt-Strätin Gisela Volmer. Ebenfalls Bewohner der Liegenschaft: Alt-SP-Politiker und -Regierungstatthalter Sebastian Bentz.

«Sozis» in günstigen Herrschaftshäusern, mutmasslich vermittelt von Parteifreunden – das war ein gefundenes Fressen für die politischen Gegner. Hinweise der Bewohner, dass sie selber schon eine Überprüfung der Mietzinse angeregt hätten oder dass am Haus seit über dreissig Jahren nichts mehr gemacht worden sei, gingen in der allgemeinen Empörung unter. «Wir wohnen ohne schlechtes Gewissen dort», sagt Peter Volmer heute. Was die anstehende Sanierung für die Hausbewohner bedeutet, weiss er noch nicht genau. «Uns wurde vor rund zwei Jahren eine Sanierung angekündigt, seither haben wir nichts mehr gehört.» Bis für die Sanierung eine Bewilligung vorliegt, vergehe noch einige Zeit. *hae*



Städtische Liegenschaft am Münzrain 3.

Foto: Daniel Fuchs

Ein Dämpfer für die grüne Einheit

STADT BERN Gegenüber den Stadtratswahlen 2016 haben die Grünen fast 5 Prozentpunkte verloren. Man müsse ein allfälliges Zusammengehen als längerfristiges Projekt sehen, sagt GB-Präsidentin Stéphanie Penher.

Die Grünen waren auch schon mal präziser: «Gewählt sind Natalie Imboden, Hasim Sancar, Anna-Magdalena Linder und Daniel Klausner», teilten sie gestern mit. Vier Bisherige also, schon häufig aufgeteilt in Grünes Bündnis (GB) und Grüne Freie Liste (GFL), die sich in der Stadt Bern erstmals für eine gemeinsame Liste entschieden hatten.

Doch die Darstellung ist zumindest verkürzt. Richtig ist: GFL-Mann Klausner wurde am Sonntag abgewählt, von der GFL konnte nur Linder ihren Sitz halten. Beim GB dagegen verteidigten nicht nur Imboden und Sancar ihre Sitze – unmittelbar hinter den beiden landete Alina Trede bei ihrem Politcomeback auf Rang 3. Nur weil sie im Nationalrat die neu gewählte Regierungsrätin Christine Häsel ersetzt und das kantonale

Mandat nicht annimmt, bleibt Klausner durchgehend Grossrat.

Linksrutsch ohne die Grünen

Es ist nicht die einzige Ungenauigkeit. «Der Verlust des fünften Sitzes ist darauf zurückzuführen, dass ein langjähriger und bekannter Politiker nicht wieder angetreten ist», schreiben die Grünen mit Blick auf Blaise Kropf, der als neuer Generalsekretär der städtischen Präsidioldirektion nicht mehr kandidierte. Zwar mag es sein, dass Kropf zusätzliche Stimmen mobilisiert hätte. Wahr ist aber auch, dass seine Stadtpartei, das GB, den dritten Sitz ja eben mit Trede verteidigt hat. Eigentlich verloren hat ihn die GFL, deren Personal generell schlechter abschnitt als jenes des GB: Hinter Linder auf Rang 4 und Klausner auf Rang 5 folgten vier GB-Kandidatinnen, alle gestandene Stadträtinnen. Ob das GB einfach die besseren Köpfe als die GFL zu bieten hatte oder nicht – unter dem Strich ist die gemeinsame Liste krachend gescheitert: Minus ein Sitz für die Grünen, während die SP und die Alternative Linke (AL) mächtig zulegten und je einen Sitz vorwärtsbrachten. Im Ver-

gleich zu den Stadtratswahlen vor anderthalb Jahren, als man getrennt antrat, verloren die Grünen 4,8 Prozentpunkte.

Der «kleine Linksrutsch», der vor allem innerhalb der Linken stattgefunden hat, erfolgte also auf Kosten der Grünen. Urbaner Anti-Schnegg-Effekt? Nicht für

«Kanton haben wir kaum Unterschiede.»

GB-Präsidentin Stéphanie Penher

Die These, die sich aufdrängt: Linke mit grüner Ader goutierten die grüne Links-Mitte-Liste nicht; wer links wählen wollte, wählte SP oder Linksausen. Umgekehrt dürften Linksauslegerinnen auf der Einheitsliste potenzielle Grünen-Stimmen von Mitte-Rechts gekostet haben. Allerdings konnten die Grünliberale, die davon am ehesten hätten profitieren müssen, in der Stadt nur marginal zulegen. Für die Präsidentinnen der grünen Stadtparteien, die am

Wochenende gemeinsam angetreten sind, ist es zu früh für eine vertiefte Analyse. Stéphanie Penher (GB) und Brigitte Hilty Haller (GFL) wollen insbesondere die Panacherstatistiken abwarten. Der fünfte Sitz der Grünen sei «ein Wackelsitz» gewesen, sagen beide – allerdings war 2014 der knappste Sitz in der Stadt an die SP gegangen.

Nein zu Geschlechtertrennung

«Im Nachhinein wären insbesondere angesichts der tiefen Wahlbeteiligung mehrere Listen vielleicht einträglicher gewesen», räumt Penher ein. Nach Geschlechtern getrennte Listen wie bei der SP kämen für die Grünen aber nicht infrage. Ohnehin fragt sich Penher, wie sich das GB und die GFL in einem getrennten Wahlkampf stärker hätten profilieren können. «Kanton haben wir ja kaum Unterschiede.»

Hilty Haller glaubt nicht, dass das enttäuschende Abschneiden der Grünen an der gemeinsamen Liste lag. «Die SP hat einfach sehr gut mobilisiert. Ich glaube nicht, dass wir das mit getrennten Listen hätten verhindern können», sagt sie. Dazu, dass die Kandida-

tinnen und Kandidaten der GFL von jenen des GB fast erdrückt wurden, sagt Hilty Haller: «Die starken Kandidatinnen des GB waren für uns ein gewisses Risiko. Am wichtigsten ist mir aber, dass die Grünen im Grossen Rat möglichst gut vertreten sind.»

Nächste Baustelle wartet

Sind nun die Gegner der gemeinsamen Liste, die es im GB und bei der GFL gegeben hatte, gestärkt worden? Auch dies müsse man diskutieren, wenn genauere Zahlen vorlägen, sagt Hilty Haller. «Es ist grundsätzlich erfreulich, dass GB und GFL einen gemeinsamen Wahlkampf auf die Beine gestellt haben.» Penher will nicht darüber spekulieren, wie es mit GB und GFL in der Stadt Bern nun weitergeht. «Alle weiteren Schritte werden wir zu gegebener Zeit besprechen», so Penher.

Im Stadtrat könnte die grün-grüne Liaison in den nächsten Monaten zusätzlich unter Druck kommen: In der Direktion von GB-Gemeinderätin Franziska Teuscher ist der grösste Stellenausbau geplant. Prominente Kritikerin: die GFL.

Christoph Hämmerli

Wir gratulieren

GRAFENRIED Heute feiert Emma Buri-Jsell ihren 92. Geburtstag. *pd*

GUGGISBERG Karl Beyeler, Feldhalten, feiert heute seinen 91. Geburtstag. *eba*

SPIEGEL BEI BERN An der Spiegelstrasse 16 feiert heute Hermine Zingg ihren 85. Geburtstag. *pd*

ZÄHWIL Ihren 70. Geburtstag feiert heute Hanna Vifian am Zelgweg 21. *wz*